

Drei Gemeindepräsidenten, eine Stadtpräsidentin und eine Gemeinderätin im Interview

# Erneuerbare Energien: Eine Chance für die Gemeinden

Am 3. März findet die Abstimmung über die Initiative «Bern erneuerbar» und den Gegenvorschlag des Grossen Rates statt. Über 25 Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten setzen sich im Komitee «Erneuerbare Energie für Bern» für ein 2 x Ja ein. Wieso sind Energieeffizienz und erneuerbare Energien gerade für Gemeinden eine Chance? Walter Schilt (Vechigen, SVP), Hansruedi Blatti (Wichtrach, FDP), Erich Feller (Münsingen, BDP), Elisabeth Zäch (Burgdorf, SP) und Gemeinderätin Barbara Schwickert (Biel, Grüne) geben Auskunft.

**Immer mehr Gemeinden nutzen ihre Gestaltungsspielräume bei der Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. So wollen das Toggenburg und das Goms energieautark werden. Was wurde in Ihrer Gemeinde bereits realisiert? Was ist geplant?**



**Elisabeth Zäch (Stadtpräsidentin Burgdorf, SP):** Burgdorf ist seit langem Pionierstadt, was Energieeffizienz und erneuerbare Energien betrifft. Hier wurde das «Burgdorfer Modell» erfunden, ein Anreizprogramm für Photovoltaikanlagen und Vorläufer der heutigen KEV. 2012 hat unsere Stadt den Energierichtplan verabschiedet, dessen Massnahmen nun in Zusammenarbeit mit der stadteigenen Versorgungsgesellschaft umgesetzt werden. Diese bietet seit 2012 nur noch Strom aus erneuerbaren Energien an.



**Barbara Schwickert (Gemeinderätin, Bau-, Energie- und Umweltdirektorin Biel, Grüne):** Ganz so weit sind wir in Biel noch nicht. Aber: Der stadteigene Energieversorger bietet als Standardprodukt Strom aus 100 Prozent Schweizer Wasserkraft an. Generell ist uns wichtig, beim Strom über einen hohen Eigenproduktionsanteil zu verfügen, möglichst aus regionaler Erzeugung. Darum investiert Biel in grosse und kleine Wasserkraftwerke (z.B. ein Wirbelwasserkraftwerk in der Schüss), einen Windpark im Berner Jura und diverse Photovoltaikanlagen. Neulich hat das Parlament fünf Millionen Franken für ein Solardach auf den neuen Stades de Bienne gesprochen.



**Walter Schilt (Gemeindepräsident Vechigen, SVP):** In Vechigen bildete sich aus einer im Jahr 2008 durchgeführten Zukunftskonferenz eine Arbeitsgruppe zur Förderung der erneuerbaren Energien. Heute ist die Energiefrage ein Thema der Ortsplanungsrevision. Mit der Inbetriebnahme der neuen Fernwärmeanla-

ge werden alle gemeindeeigenen Gebäude im Talboden, das Dorfzentrum Boll sowie Neuüberbauungen mit Energie aus Holzsnitzel versorgt. Die Genossenschaft «Vechigen Solar» wurde im Oktober 2012 aus der Taufe gehoben – der Bevölkerungsaufmarsch war beeindruckend.



**Erich Feller (Gemeindepräsident Münsingen, BDP):** Münsingen verfügt über eine zentrale Wärmepumpenanlage, wo aus dem gereinigten ARA-Wasser Wärme gewonnen wird. Weite Teile Münsingens sind diesem Wärmeverbund angeschlossen. Wir besitzen Photovoltaikanlagen auf Gemeindeliegenschaften und unser schönes Sonnensegel. Innovativ ist unser Pilotprojekt mit einer bifacialen Photovoltaikanlage in einer Lärmschutzwand der SBB. Strom erzeugen wir zudem mit einer Turbine in der Trinkwasserzuleitung.



**Hansruedi Blatti (Gemeindepräsident Wichtrach, FDP):** Bei uns steht die Sonnenenergie im Zentrum. Mit 400 000 kWh Solarenergie pro Jahr decken wir den Verbrauch zu rund 1,25 Prozent mit Solarstrom, was deutlich über dem gesamtschweizerischen Wert von 0,5 Prozent liegt. 2013 wird eine weitere grössere Anlage durch die gemeindeeigene Elektrizitätsversorgung realisiert. Im Gemeindebaureglement vom August 2010 haben wir zudem die rechtlichen Grundlagen geschaffen, dass die Gemeinde auf die Energieversorgung von Neubauten Einfluss nehmen kann.

**Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit Privatpersonen oder Unternehmen? Eigentlich ist die Förderung erneuerbarer Energien prädestiniert für öffentlich-private Partnerschaften.**

**Schilt:** Ich erlebe die Zusammenarbeit sehr positiv. Fachwissen, Herzblut und überzeugendes Engagement sind die Stichworte. Zugpferde, die ohne Scheuklappen die Zeichen

der Zeit erkennen und vertreten, braucht es. In der Politik und im Privaten.

**Blatti:** Als Gemeindepolitiker ist es meine Aufgabe, mich mit den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Nutzungsmöglichkeiten vor Ort auseinanderzusetzen. Die Gemeinde soll schliesslich möglichst gute Rahmenbedingungen für die Anwendung erneuerbarer Energien schaffen: Es soll für Private und Unternehmer interessant sein, in diese Energieproduktionen zu investieren. Als gutes Beispiel einer Zusammenarbeit betrachte ich die von uns praktizierte Vermietung von Dachflächen öffentlicher Gebäude für die Solarstromproduktion an private Investoren.

**Zäch:** Auch bei uns kommen viele Impulse aus der Privatwirtschaft. Wir freuen uns, zusammen mit Willy Michel, dem Besitzer der Ypsomed AG, einen Solarpark aufbauen zu können. Können wir diesen wie geplant realisieren, würden damit gegen 20 Prozent des Burgdorfer Stromverbrauchs abgedeckt.

**Schwickert:** Auch in Biel erleben wir die Zusammenarbeit mit Privaten als gewinnbringend. Die Stadt Biel ist stolz auf das innovative Potenzial ihrer Unternehmen. Ein Beispiel: Die Firma Creaholic mit ihrer Erfindung, der «Joulia»: Einer Dusche mit Wärmerückgewinnung, die soeben den Prix Watt d'Or des Bundesamts für Energie erhalten hat.

**Feller:** Als erste Bernische Energiestadt haben wir vor Jahren mit der Sensibilisierung der Firmen und Privatpersonen angefangen – und machen damit gute Erfahrungen. Mittlerweile haben viele Haushalte ihre Liegenschaften isoliert, Heizungen durch Wärmepumpen ersetzt, Sonnenkollektoren für die Warmwassererzeugung und Photovoltaikanlagen für die Stromproduktion montiert.

**Von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien profitiert das Gewerbe. Neueste Studien sprechen von bis zu 11 000 neuen Stellen, die im Kanton Bern bis 2035 geschaffen werden können, besonders in ländlichen Regionen.**

**Feller:** Diese Aussage möchte ich so nicht unterstützen. Ein Grossteil der Produkte kommt nicht aus der Region, teilweise nicht einmal mehr aus der Schweiz. Für die ortsansässigen Unternehmer bleiben vor allem Installationsaufträge. Und durch den Abbau



bei nichterneuerbaren Energiequellen gehen auch Arbeitsplätze verloren.

**Zäch:** Ich mache andere Erfahrungen als Erich Feller. Das Burgdorfer Förderprogramm 50+50 Solardächer generierte zum Beispiel ein Investitionsvolumen von 2,3 Millionen Franken. 68 Anlagen wurden durch einheimische Unternehmen realisiert. Von Verbesserungen bei der Energieeffizienz profitieren sowieso fast zu 100 Prozent regionale Unternehmen.

**Schilt:** Meine Beobachtung zeigt, dass das Gewerbe geteilt reagiert. Die aufgeschlossenen Unternehmen investieren bereits heute in Gebäudeisolation und Solaranlagen. Viele Unternehmen erkennen das Potenzial der höheren regionalen Wertschöpfung. Ein grosser Teil der Unternehmungen sorgt sich aber um die Strompreise und einen allenfalls drohenden Anstieg der Produktionskosten.

**Die Initiative «Bern erneuerbar» und der Gegenvorschlag wollen bis 2043 bzw. 2050 zu einer**

**erneuerbaren Energieversorgung gelangen. Was braucht es, um dieses Ziel zu erreichen?**

**Blatti:** Es braucht vor allem Überzeugungsarbeit und Information der Bevölkerung über die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten erneuerbarer Energien. Zudem muss die Gemeinde bei den öffentlichen Bauten eine Vorbildfunktion einnehmen. Bei den erneuerbaren Energieformen sollten wir alle Optionen mit wirtschaftlichem Potenzial nutzen. In Wichtrach sehe ich am meisten Chancen bei Sonne, Holz und Erdwärme.

**Schilt:** Das alte Sprichwort sagt «im Hause soll beginnen...». Dies gilt auch für die Energieautonomie. Erste Priorität hat für mich heute das Sparpotenzial. Zweitens Solartechnologie. Mit Wasserkraft ist sicher noch mehr zu erreichen. Und in Vechigen als potenziellem Standort werden wir natürlich auch die Windenergie weiterverfolgen.

**Zäch:** Wir sind motiviert auf dem Weg, alles zur Zielerreichung beizutragen, was uns möglich ist. Unser Kompass ist der Energierichtplan. Er erlaubt uns, die Herausforderungen finanziell bewältigen zu können. Im Vordergrund stehen die Sanierungen der stadteigenen Liegenschaften. Bei den erneuerbaren Energien steckt unser Potenzial in der Sonne und im Grundwasser. Auch Holz ist ein interessantes Thema.

**Feller:** Wichtig ist mir die Eigenverantwortung der Liegenschaftseigentümer. Aus Ge-

meindeperspektive sind Information und Aufklärung nötig. Bezüglich der Energieformen haben wir einen Ausbau von Wasser und Wind geprüft – beides lohnt sich nicht. Unser Potenzial für Biogas ist zudem zu klein. Daher eignen sich bei uns vor allem Sonne und Bodewärme.

**Schwicker:** Aus meiner Sicht ist allein schon das Definieren der verfassungsmässigen Zielvorgabe ein zentraler Schritt: Wenn klar ist, woran sich Gemeinden und Private zu orientieren haben, werden sie dies tun. Und je selbstverständlicher die Ziele werden, desto grössere sind die Chancen, diese zu erreichen: «Bern erneuerbar» kann also weiteren Akteuren den Weg zeigen. Bei den Energieformen ist das Potenzial von Region zu Region unterschiedlich und muss evaluiert werden, um eine möglichst wirtschaftliche Produktion zu ermöglichen.

### Eine Chance für die Wirtschaft – eine Chance für die Region

Dienstag, 12. Februar, 19.30 Uhr  
Hotel Schmiedstube, Schmiedenplatz 5, Bern

Öffentliche Veranstaltung mit:

- Josef Göppel, Mitglied des deutschen Bundestags (CSU), charismatischer, bürgerlicher Vertreter einer erneuerbaren Energiepolitik
- Nick Beglinger, Präsident Swis cleantech
- Barbara Egger-Jenzer, Regierungsrätin
- Reto Nause, Gemeinderat Stadt Bern

### Initiative und Gegenvorschlag «Bern erneuerbar»

# 2 x Ja am 3. März 2013

**Ein einmalig breites Komitee von Persönlichkeiten aus allen Parteien und Gesellschaftsbereichen setzt sich für eine erneuerbare Energieversorgung ein. Das ist eine riesige Chance für den Kanton Bern. Mit einem 2 x Ja am 3. März packen wir sie.**

Im März 2013 nimmt die Berner Stimmbevölkerung eine wichtige energiepolitische Weichenstellung vor: Mit der von den Grünen lancierten Initiative «Bern erneuerbar» und dem Gegenvorschlag des Grossen Rates kann der Kanton Bern den Weg in eine zukunftsgerichtete Energiepolitik einschlagen.

Die Initiative und der Gegenvorschlag wollen, dass sich Kanton und Gemeinden für eine Senkung des Energieverbrauchs durch eine sparsame und rationelle Verwendung von Energie einsetzen und dass Strom und Energie für Heizung und Warmwasser vollständig aus erneuerbaren Energiequellen stammen.

Die beiden Vorlagen unterscheiden sich nur bei den Umsetzungsfristen:

Die Initiative fordert einen etappenwei-

sen Ausstieg aus der fossilen und der atomaren Abhängigkeit und sieht in der Übergangsbestimmung Zwischenziele vor. Strom soll ab 2035 und Energie für Heizung und Warmwasser ab 2050 vollständig aus erneuerbaren Energiequellen stammen.

Der Gegenvorschlag verzichtet auf eine Etappierung und verlangt eine Umsetzung der Verfassungsbestimmung innert 30 Jahren (bis 2043).

#### Breites, glaubwürdiges Abstimmungskomitee

Im Hinblick auf die Abstimmung hat sich unter dem Namen «Erneuerbare Energie für Bern» ein gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch einmalig breit abgestütztes Komitee gebildet. Das achtköpfige Co-Präsidium

des Komitees setzt sich aus je einer Vertretung von BDP, CVP, EVP, FDP, glp, Grünen, SP und SVP zusammen. Im Komitee arbeiten zudem zahlreiche VertreterInnen der Wirtschaft mit. Kein Wunder: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz bieten ein riesiges Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzpotenzial.

Mit beiden Varianten, der Initiative und dem Gegenvorschlag «Bern erneuerbar», gelingt im Kanton Bern der Wechsel zu einer regionalen erneuerbaren Energieversorgung.

Im Januar und Februar tritt das Komitee «Erneuerbare Energie für Bern» im Rahmen von Podiumsdiskussionen und Strassenaktionen im ganzen Kanton Bern mit der Bevölkerung in Kontakt.

Mehr Infos: [www.eeberne.ch](http://www.eeberne.ch)

Regierungsrat Bernhard Pulver zu seiner politischen Motivation

# Schön, dass es die Grünen gibt

Vor 30 Jahren wurden in der Schweiz die Grünen gegründet. Ich war damals ein Teenager und interessierte mich – neben den vielen Dingen, die alle jungen GymnasiastInnen interessieren – intensiv für Politik. Umweltanliegen standen bei mir zuoberst auf der Interessenliste. Wir waren oft im Simmental und mir wollte es partout nicht in den Kopf, wieso der Bund plante, mitten durch dieses wunderschöne Tal eine Autobahn zu bauen. Mir leuchtete auch nicht ein, wieso unser Land die enormen Risiken der Atomenergie eingehen wollte. Ebenso besorgte mich die Lärm- und Luftverschmutzung durch den Autoverkehr oder die Gefährdung der Ozonschicht durch Treibgase.

Und so kam es, dass ich mich durch die Umweltthemen politisierte und bei den Grünen aktiv mitmachte – und 1983 als «junger Schnuifer» auch gleich bei den Vorbereitungsarbeiten für die Gründung der Grünen Partei der Schweiz Aufgaben übernahm. Nun bin ich seit 30 Jahren bei den Grünen und habe diesen Entscheid noch nie bereut.

## Viel erreicht...

Zunächst denke ich, dass diese Partei sehr viel erreicht hat. Erneuerbare Energien, Atomausstieg, Verkehrsberuhigung, Landschaftsschutz – all das und noch viel mehr ist heute in unserem Land weitgehend akzeptiert. Eine Autobahn durchs Simmental plant heute niemand mehr. Die Ozonschicht gefährdenden Treibgase wurden ersetzt. Nach wie vor gibt es in unserem Land intakte Landschaften und unsere Luft, unser Wasser und unser Lebensraum ganz allgemein sind im internationalen Vergleich enorm sauber. Die Grünen haben auch zur gesellschaftlichen Entwicklung viel beigetragen; von der Gleichstellung der Geschlechter bis zum Aufbrechen alter Muster (man denke etwa an die Fichenaffäre, wo sich eine heute inakzeptable intolerante Staatsauffassung zeigte) haben sie – zusammen mit vielen anderen – mitgeholfen, die Schweiz zu dem zu machen, was sie heute ist: ein offenes, tolerantes und lebenswertes Land. Auf diese

Bernhard Pulver, Jg. 1965, Dr. iur, ist seit 2006 Regierungsrat und Erziehungsdirektor des Kantons Bern. Vorher war er von 1999 bis 2006 Mitglied des Berner Grossen Rates. Noch vor seinem Studium der Rechtswissenschaften wirkte er zwischen 1987 und 1995 als Generalsekretär der Grünen Partei der Schweiz. Bernhard Pulver kennt das politische System der Schweiz und die Partei der Grünen aus den verschiedensten Perspektiven.



**«Und so kam es, dass ich 1983 als junger Schnuifer bei den Vorbereitungsarbeiten für die Gründung der Grünen Partei Aufgaben übernahm.»**

Leistungen dürfen wir stolz sein.

Dazu kommt, dass die Grünen ihrer Grundhaltung immer treu geblieben sind. Sie haben als junge Partei bereits einen langen Weg hinter sich, engagieren sich auf allen Ebenen des Staates für tragfähige Lösungen und übernehmen in kommunalen und kantonalen Regierungen Verantwortung. Sie wissen sehr wohl zu unterscheiden zwischen der frischen Politik der jungen Grünen, dem angriffigeren Auftreten in den Parlamenten und der Suche nach breit tragbaren Lösungen in den Regierungen. Und: Ich mag mich nicht erinnern, von Vertreterinnen oder Vertretern meiner Partei je menschenverachtende Äusserungen über die politischen Gegner gehört zu haben. Das ist ja heute leider auch in der Schweiz keine Selbstverständlichkeit mehr. Ich denke oft an Mani Matters Lied «mir hei e Verein und i ghöre derzue» – und ich bin froh, dass es diesen Verein gibt.

## ...und noch viel vor

Und ich weiss, dass es die Grünen auch weiterhin braucht. Der Atomausstieg ist zwar rhetorisch besiegelt, politisch gesichert ist er aber noch nicht. Für den Ausstieg und für die Förderung der erneuerbaren Energiequellen

braucht es noch viel Engagement. Wenn wir die Zersiedelung und die immer neuen Bauvorhaben in unserem Land betrachten, die das Kulturland und die Landschaft bedrohen, so ist rasch erkennbar, wie dringend grünes Engagement bleibt. Nach wie vor beherrscht Wachstums- und Effizienzdenken Wirtschaft und Gesellschaft. Doch der Mensch lebt nicht vom Materiellen allein – Wohlbefinden und Glück entstehen nicht allein durch Leistung und Produktion.

Gerade in der Bildung – und in der Kultur – für die ich in diesem Kanton zuständig bin, ist täglich erkennbar, dass die menschliche Wohlfahrt aus einer Verbindung von menschlichen Beziehungen, Vertrauen, Leistung und Solidarität entsteht. Ich sehe es als meine Aufgabe und als die Aufgabe der Grünen, dafür zu schauen, dass dieses Gleichgewicht nicht einseitig zu Gunsten von reinem Effizienz- und Wachstumsdenken verschoben wird. Ich bin froh, dass es die Grünen auch dreissig Jahre nach ihrer Gründung noch gibt!

Bernhard Pulver, Regierungsrat,  
Erziehungsdirektor des Kantons Bern



Eidgenössische Abstimmung vom 3. März 2013

# Ja zum Raumplanungsgesetz

**Am 3. März stimmen wir schweizweit über die Revision des Raumplanungsgesetzes ab. Die Raumplanungsrevision ist dringend notwendig, um die Zersiedelung zu bremsen und das Kulturland zu schützen.**



In unserer an sich schon kleinen Schweiz kann weniger als die Hälfte des Bodens wirklich besiedelt und genutzt werden. Auf rund 18000 Quadratkilometern muss alles Platz finden; Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Landwirtschaft, Industrie und Mobilität – ein komplexes Unterfangen.

Heute wird in der Schweiz jede Sekunde rund ein Quadratmeter Land überbaut. Allein zwischen 1983 und 2007 waren es 600 Quadratkilometer, etwa die Fläche des Genfersees.



Die weiteren Parolen der Grünen Kanton Bern finden Sie auf unserer Website [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch).

Besonders hoch ist der Druck auf den Boden am Übergang der Städte und Agglomerationen und in einzelnen Tourismusregionen. Wir alle tragen zu diesem rasanten Wachstum bei. Wir wollen Wohneigentum, Mobilität, Wirtschaft, Arbeitsplätze und in unseren Ferien zum Ausgleich unberührte Landschaften. Diesem Zielkonflikt zwischen den eigenen Ansprüchen und dem Anliegen um Schutz von Umwelt und Landschaft haben auch wir uns laufend zu stellen.

## Neues Raumplanungsgesetz ist ausgewogen und vernünftig

Die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) bietet gute Lösungen für diese komplexen Herausforderungen. Das revidierte RPG wahrt und schützt die Interessen von Umwelt, Bevölkerung und Wirtschaft und schafft damit die Voraussetzungen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung.

Künftig werden nur so viele Bauzonen ausgeschieden, dass der Bedarf für 15 Jahre gedeckt werden kann. Zu grosse Bauzonen müssen reduziert werden und eine Mehrwertabgabe erlaubt es, den Wertverlust bei Aus-

zonungen von Bauland zu kompensieren. Der Bund kontrolliert weiterhin die Umsetzung des Gesetzes, erhält aber neue Kompetenzen zur Durchsetzung bei Nichteinhaltung der Vorgaben.

Der Druck auf den Boden lässt nicht nach, im Gegenteil! Wir haben keine Zeit zu verlieren und mit dem neuen RPG haben wir das richtige Instrument:

- Die Zersiedelung wird gebremst und Kulturland und Landschaft werden geschützt.
- Überdimensionierte Bauzonen müssen verkleinert werden.
- Bei neuen Einzonungen erhält die öffentliche Hand mindestens 20 Prozent des entstehenden Mehrwerts; damit kann sie Auszonungen finanzieren.
- Das neue RPG ist rascher umsetzbar als die Landschaftsinitiative.

Darum empfehlen die Grünen am 3. März 2013 ein Ja zum RPG!

*Christine Häsler, Grossrätin und Fraktionspräsidentin Grüne*

## Zersiedelung stoppen, Kulturland schützen

**Das Siedlungsgebiet im Kanton Bern soll nicht mehr auf Kosten des Kulturlandes ausgedehnt werden. Die Zersiedelung und der damit verbundene Schutz des Kulturlandes sind hochaktuelle Themen. Nun werden grüne Lösungsvorschläge mehrheitsfähig, wie ein Abstimmungsresultat vom letzten Juni in Zürich zeigt.**



Unsere Kulturlandschaft ist Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum für die Bevölkerung und gleichzeitig eine Visitenkarte der Region. Der Druck auf eine intensivere Bodenverwertung ist in den letzten Jahrzehnten massiv gestiegen. Im Kanton Bern wird alle zwei Sekunden mehr als ein Quadratmeter wertvolle Kulturlandschaft verbaut – das ist mehr als ein Fussballfeld pro Tag. Geht der Verlust von Kulturlandschaft schweizweit im Tempo der letzten Jahrzehnte weiter, wäre die gesamte Schweiz inklusive Alpen und Jura in 380 Jahren komplett verbaut.



Die Grünen erachten den Schutz des Kulturlandes aus verschiedenen Gründen als unerlässlich: Einerseits brauchen wir genügend qualitativ gute Böden für die Nahrungsmittelproduktion, damit gesunde, lokale Lebensmittel hergestellt werden können. Auf der anderen Seite soll der Tourismuskanton Bern

seine Attraktivität bewahren. Der Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaft ist die wichtigste Grundlage dafür.

### Erfolgreiche Grüne Initiative

Im Kanton Zürich konnten die Grünen im Juni 2012 einen Erfolg feiern – ihre kantonale «Initiative zum Schutz des Kulturlandes» wurde angenommen. Die Initiative will die wertvollen Landwirtschaftsflächen und Flächen von besonderer ökologischer Bedeutung wirksam schützen und ihren Bestand und ihre Qualität erhalten. Die Ausgangslage im Kanton Bern ist nur teilweise vergleichbar mit jener im Kanton Zürich. So kennen wir die raumplanerischen Folgen des grossen Wirtschaftswachstums nicht in gleicher Weise wie die Zürcher, dafür macht sich bei uns die touristisch bedingte Zersiedelung deutlich bemerkbarer. Die Grünen Kanton Bern erarbeiten zurzeit Lösungsvorschläge, um die Zersiedelung wirksam zu bremsen und die Verdichtung nach innen zu fördern.

*Daphné Rufenacht, Grossrätin Grüne*